

Sanktionen

Am gestrigen Montag trat der lange diskutierte Preisdeckel für russisches Rohöl in Kraft, das per Schiff transportiert wird. Er liegt nun bei 60 US-Dollar pro Barrel. Darauf hatte sich die EU mit den G7-Staaten und Australien Ende vergangener Woche verständigt. Für Erdölzeugnisse wie Diesel gelten die EU-Sanktionen erst ab dem 5. Februar 2023. Der Höchstpreis ist der Wert, zu dem das Rohöl auf ein Schiff verladen wird. Er beinhaltet nicht die Kosten für den Transport und die Rechtskosten. Der Preisdeckel liegt aktuell etwa zehn Dollar über dem Preis der russischen Sorte Ural. Deshalb gab es Kritik aus der Ukraine, die gewählte Preisschwelle sei zu hoch. Russland wiederum will keine Länder mehr mit Rohöl beliefern, die den Preisdeckel beachten.



In diesem Update finden Sie weitere Informationen zum Preisdeckel und seiner Anwendung. Pipelinelieferungen sind vom Preisdeckel nicht betroffen, allerdings haben Deutschland und Polen vereinbart, diese Rohöl-Einfuhren bis Ende 2022 ebenfalls einzustellen.

Zum weiter geplanten neunten EU-Sanktionspaket gibt es neue Informationen. Laut einer Bloomberg-Meldung soll der russische Drohnen-Sektor gezielter sanktioniert werden, Politico will erfahren haben, dass neben dem Technologie-Sektor und Personensanktionen auch Finanzen und Medien einbezogen werden sollen. Aus Deutschland finden Sie unter anderem Informationen zum Sanktionsdurchsetzungsgesetz 2, das der Bundestag verabschiedet hat. Die EU plant derweil Sanktionsverstöße in den Katalog der „EU-Straftaten“ aufzunehmen und für eine europaweit einheitliche Bestrafung zu sorgen.

Hier die Rubriken:

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Sitzung des Arbeitskreises Russland im Ost-Ausschuss - hybrid

Bei der jüngsten Sitzung des Länderarbeitskreises Russland im Ost-Ausschuss am 29. November ging es um die Auswirkungen der Sanktionen auf deutsche Unternehmen. Impulse kamen dazu von Monika Lenhard (Leiterin des Referats für Russland, Belarus, GUS, EU-Beziehungen zu Osteuropa, Südlichem Kaukasus, Zentralasien einschließlich Östlicher Partnerschaft) und Mathias Licharz (Leiter des Referats für Internationale Sanktionsregime, Wirtschaftssanktionen, Investmentprüfung) aus dem Auswärtigen Amt, von Mattias Hirschfeld, Referat VC5 für Ukraine - Osteuropa, Kaukasus, Zentralasien im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sowie von Matthias Schepp, AHK-Vorstandsvorsitzender und Delegierter der Deutschen Wirtschaft in Russland. Im Anschluss hatten die rund 50 beteiligten Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen und Verbänden Gelegenheit, Fragen zu stellen. Bezüglich eines baldigen Endes des Krieges Russlands gegen die Ukraine und einer Verbesserung der Beziehungen gab es keinen Optimismus. Erfreulicher hingegen ist die Lage bei der deutschen Energieversorgung: Aufgrund des milden Herbstes seien die Gasspeicher in Deutschland gut gefüllt, damit käme man jetzt voraussichtlich durch den Winter. Sorgen bereitet aber die Versorgung im Winter 2023/24. Bestätigt wurde, dass die EU an einem neunten Sanktionspaket gegen Russland arbeitet. Dessen Verabschiedung hänge noch von einer Einigung über die Höhe des geplanten Preisdeckels auf russisches Öl ab. Die AHK Moskau und der Ost-Ausschuss stellten im Rahmen der Sitzung aktuelle Umfrageergebnisse vor. Nahezu alle Unternehmen leiden demnach unter den jeweiligen Sanktionen, ein Großteil hat das Geschäft in Russland heruntergefahren. Allerdings werde ein kompletter Rückzug aus Russland durch neue russische Gesetze gravierend erschwert. Fast alle Unternehmen könnten sich nach Abschluss eines Friedensschlusses die Wiederaufnahme ihres Russlandengagements vorstellen.

Service Desk Ukraine: Nothilfe und Wiederaufbau

Aufgrund der fortgesetzten Zerstörung der (Energie)-Infrastruktur in der Ukraine bittet die ukrainische Regierung um Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft. Alle Unternehmen, die sich an der Nothilfe und dem Wiederaufbau in der Ukraine beteiligen wollen, und/oder in entsprechenden Ost-Ausschuss-Arbeitsgruppen aktiv werden wollen, finden hier Informationen auf einen Blick:

[Service Desk Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Neues Sanktionsdurchsetzungsgesetz beschlossen

Immobilien­geschäfte dürfen in Deutschland künftig nicht mehr per Barzahlung abgewickelt werden. Kryptowährungen oder Rohstoffe wie Gold oder Diamanten sind ebenfalls ausgeschlossen. Das sieht unter anderem das neue Sanktionsdurchsetzungsgesetz vor, das am 1. Dezember vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. Für das Gesetz votierten am vergangenen Donnerstag die Fraktionen der Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP. Union und AfD stimmten dagegen, die Linke enthielt sich. Das Gesetz soll Anfang 2023 in Kraft treten.

Wie die „Welt“ berichtet, soll mit dem Bargeldverbot anonyme Transaktionen auf dem Immobilienmarkt verhindert werden, unter anderem von russischen Oligarchen. Gegenleistungen mit Kryptowerten und Rohstoffen sind ebenfalls ausgeschlossen. Notare sollen das Verbot überwachen und Verstöße melden. Außerdem sollen die zahlreichen Grundbücher in Deutschland in das Transparenzregister übertragen werden. Angaben zur Beurkundung von Immobilientransaktionen werden in einer neu aufzubauenden Datenbank gespeichert.

Mit dem jetzt beschlossenen zweiten Teil des Gesetzespaketes wird auf Bundesebene zudem eine Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung geschaffen. Diese wird künftig bei dem Thema alle Behörden in Deutschland koordinieren. Sie soll zunächst beim Zoll angegliedert werden, später aber in der von Bundesfinanzminister Christian Lindner geplanten neuen Bundesbehörde zur Bekämpfung von Finanzkriminalität aufgehen. Geplant sei auch eine Hinweisannahmestelle sowie die Möglichkeit, einen Sonderbeauftragten in Unternehmen zu installieren, um die Einhaltung von Sanktionen zu überwachen.

Mit dem neuen Gesetz erhalte der Rechtsstaat bessere Instrumente, „um verborgene Vermögen offen zu legen und die wahren Eigentümer zur Verantwortung zu ziehen“, sagte die Grünen-Finanzpolitikerin Sabine Grützmacher. Ihr Fraktionskollege Bruno Hönel begrüßte vor allem das Bargeldverbot bei Immobilien­geschäften: „Das sind Meilensteine bei der Trockenlegung von schmutzigen Finanzströmen.“

Eine erste Stufe des Sanktionsdurchsetzungsgesetzes hatte der Bundestag bereits verabschiedet. Es räumte den Behörden die Möglichkeit ein, Vermögenswerte „sicherzustellen“, bis die Eigentumsfrage geklärt ist. Zudem wurde eine Auskunftspflicht für all jene Menschen und Unternehmen eingeführt, die auf der EU-Sanktionsliste stehen. Unter Androhung von Bußgeldern und bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe müssen sanktionierte Personen jetzt ihr Vermögen offenlegen. Das ist bislang nach Angaben von Regierungsvertretern aber kaum geschehen. Viele Vermögen von Oligarchen seien nicht klar zuzuordnen, verschachtelte Firmenkonstruktionen erschwerten weiterhin den Überblick.

[Bundestag beschließt Bargeldverbot bei Immobilienkäufen - WELT](#)

Studie: Sanktionen und Geopolitik sind wachsende Compliance-Risiken

Das globale Wirtschafts- und Machtgefüge ändert sich, Konflikte in Südostasien und Europa nehmen an Schärfe zu. So ist der Umgang und die Prävention vor möglichen Handelssanktionen innerhalb eines Jahres zu einer der wichtigsten Aufgaben von Compliance-Verantwortlichen in Großkonzernen geworden. 36 Prozent der Befragten sehen in den Sanktionen ein Risiko für ihren Arbeitgeber, deutlich mehr als noch vor einem Jahr, berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Und erstmals überhaupt nennen die mehrheitlich aus Nordamerika und Europa stammenden Compliance-Manager geopolitische Spannungen (17 Prozent) als einen wichtigen Aspekt für Regel- und Gesetzestreue. Das geht aus dem jährlichen „Global ESG, Compliance & Risk Report“ der Beratungsgesellschaft Boston Consulting Group (BCG) hervor, der in dieser Woche veröffentlicht wird und der FAZ vorab vorlag.

„Unsere Studie zeigt, dass Wirtschafts- und Handelssanktionen als Instrument im Kontext geopolitischer Spannungen deutlich an Bedeutung gewinnen“, sagt Katharina Hefter, in Deutschland mitverantwortlich für dem Report. Konkret könnten einzelne Konflikte – wie aktuell in Europa zu beobachten – ad hoc zu einer höheren Anzahl und Komplexität an Sanktionen führen. Daneben zieht die kontinuierliche Verhärtung der Fronten zwischen größeren Wirtschaftsregionen eine konstant höhere Intensität an Sanktionen sektor- und länderübergreifend nach sich, sagt Hefter.

Ihrer Einschätzung nach wächst damit intern auch die Verantwortung des Fachbereichs. „Compliance-Abteilungen müssen hier im Einhalten von Sanktionsregelungen, Bekämpfen von Sanktionsumgehungsversuchen und Positionieren im Kontext der unterschiedlichen Fronten sehr differenziert vorgehen.“

Die vordersten Plätze in der BCG-Umfrage bleiben im Vergleich zum Jahr 2021 unverändert. Weiterhin hat das Thema Cybersicherheit inklusive Datenschutz bei nahezu zwei Dritteln der Befragten die höchste Priorität für die Compliance im eigenen Unternehmen. Es folgen die Unternehmensethik (52 Prozent) sowie mit 42 Prozent gleichauf die Digitalisierung sowie die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften für Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG). Letzteres hat sich laut den Studienautoren über alle Regionen, Branchen und Unternehmensgrößen hinweg längst zu einem zentralen Baustein der Compliance-Kultur entwickelt.

So berichtet Julia Gebhardt, Ko-Autorin des Reports, davon, dass viele Konzerne schon Maßnahmen ergriffen hätten, um ihre Strukturen auf die kommenden regulatorischen Verpflichtungen, wie das ab Januar 2023 geltende Lieferkettengesetz (LKSG) und die geplanten, weitergehenden EU-weiten Vorgaben anzupassen. Dafür sei eine intensive Zusammenarbeit unterschiedlicher Bereiche wie Compliance, Recht, Personal, Einkauf und IT erforderlich.

[BGC-Studie: Sanktionen und Geopolitik sind wachsende Compliance-Risiken \(faz.net\)](#)

Millionen-Entschädigung vom Staat stabilisiert Gasimporte VNG

In den Verhandlungen um Hilfe vom Staat hat die EnBW-Tochter VNG nun eine Einigung mit dem Bund erzielt, die berichtete das Handelsblatt am 5. Dezember. Der strauchelnde Gasimporteur VNG bekomme demnach mehrere Hundert Millionen Euro vom Staat und habe im Gegenzug seinen Antrag auf sogenannte Stabilisierungsmaßnahmen zurückgezogen. Der Bund werde sich nicht an der VNG beteiligen, teilten der Leipziger Konzern, der Mehrheitseigner EnBW aus Karlsruhe und das Bundeswirtschaftsministerium in Berlin übereinstimmend mit.

VNG hatte Anfang September einen Antrag auf staatliche Stabilisierungsmaßnahmen gestellt, weil der Konzern Gas infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine teurer einkaufen musste, als er es verkaufen durfte. Die Vereinbarung mit dem Bund helfe bei der Stabilisierung des Unternehmens, sagte VNG-Vorstandschef Ulf Heitmüller. „Die verbleibenden wirtschaftlichen Belastungen werden wir gemeinsam mit unseren Anteilseignern tragen.“ Weitere Stabilisierungsmaßnahmen seien nicht mehr notwendig.

Polen und Deutschland wollen sich bei Ölversorgung unterstützen

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck und die polnische Ministerin für Klima und Umwelt Anna Moskwa haben am 1. Dezember eine gemeinsame Erklärung zur Vertiefung der bestehenden Zusammenarbeit ihrer Länder auf dem Gebiet der Ölversorgungssicherheit unterzeichnet. Deutschland und Polen erkannten damit die gegenseitige Abhängigkeit der Ölmärkte in Polen und in Ostdeutschland sowohl hinsichtlich der Ölprodukte als auch der gemeinsam genutzten Rohölinfrastruktur an, heißt es in einer Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums.

Mit der Unterzeichnung der Erklärung wollen beide Seiten den Betrieb der polnischen Raffinerien in Danzig und Plock und der deutschen Raffinerien in Schwedt und Leuna sowie deren Versorgung mit ausreichenden Mengen von Rohöl sicherstellen. Habeck und Moskwa riefen zu bilateralen Investitionen, Handel und Kooperation deutscher und polnischer Ölunternehmen auf, um die Nutzung ihrer Infrastruktur zu maximieren und die Energiesicherheit zu stärken.

Habeck erklärte zu der Vereinbarung: „Der Ausstieg aus dem Bezug von russischem Rohöl stellt für Raffinerien in unseren beiden Ländern eine Herausforderung dar. Diese Erklärung ist ein wichtiger Schritt und stärkt die Energiesicherheit Polens und Deutschlands.“

Den Text der gemeinsamen Erklärung (MoU) finden Sie hier.

[BMWK - Joint Declaration between the Ministry of Climate and Environment of the Republic of Poland and the Federal Ministry for Economic Affairs and Climate Action of the Federal Republic of Germany](#)

Uniper und RWE verklagen Gazprom-Tochter auf Schadensersatz

Wegen nicht gelieferter Gasmengen macht der deutsche Versorger Uniper vor einem internationalen Schiedsgericht nun Schadensersatzforderungen gegen eine Tochtergesellschaft des russischen Gazprom-Konzerns geltend, dies berichtet DowJones. Das Verfahren sei eingeleitet worden und werde in der schwedischen Hauptstadt Stockholm stattfinden, sagte Uniper-CEO Klaus-Dieter Maubach demnach bei einer Veranstaltung in Düsseldorf. Konkret geht es um den Schaden, der Uniper dadurch entstanden ist, dass der russische Staatskonzern seit Juni nicht die vereinbarten Mengen Erdgas geliefert hat. „Es geht um Gasmengen, die mit Gazprom vertraglich vereinbart, aber nicht geliefert wurden und für die wir zu extrem hohen Marktpreisen Ersatz beschaffen mussten und immer noch müssen“, sagte Maubach. „Diese Kosten sind uns entstanden, aber sie liegen nicht in unserer Verantwortung.“ Um einen Kollaps des Unternehmens zu verhindern und die Gasversorgung in Deutschland sicherzustellen, muss Uniper für Milliarden verstaatlicht werden. Der Konzern bezifferte die Gasersatzkosten aktuell auf mindestens 11,6 Milliarden Euro. Diese Summe werde bis Ende 2024 weiter ansteigen. Uniper teilte ferner mit, dass man sich rechtlich und personell so weit wie möglich von seiner russischen Geschäftseinheit Unipro trennen werde. Ein Verkauf von Unipro an einen russischen Käufer ist bereits vertraglich vereinbart, kann aber mangels russischer Genehmigung nicht vollzogen werden.

Nach Informationen des Spiegel fordert neben Uniper auch der Essener Versorger RWE Schadensersatz von dem russischen Gazprom-Konzern wegen ausbleibender Gaslieferungen. RWE habe ein Schiedsverfahren gegen Gazprom eingeleitet, teilte demnach das Unternehmen mit, nannte aber keine Details.

Der Streitwert im Fall von RWE dürfte daher deutlich geringer sein als bei Uniper. Das Handelsblatt zitiert den Analysten Guido Hoymann von der Metzler Bank mit der Einschätzung, dass es bei RWE um Verluste unter einer Milliarde Euro gehen dürfe. Der ebenfalls schwer vom russischen Lieferstopp gebeutelte Leipziger Gaskonzern VNG wollte sich nicht eindeutig äußern, ob auch er ein Verfahren gegen Gazprom anstrebt. »Wir prüfen alle Optionen«, hieß es.

[Gaskrise: RWE fordert Schadensersatz von Gazprom - DER SPIEGEL](#)

3. Europäische Union

Öl-Sanktionen gegen Russland in Kraft

Rohöl aus Russland darf seit Montag, dem 5. Dezember, nur noch in Ausnahmefällen in die Europäische Union importiert werden. Grundlage der Einfuhrbeschränkung ist eine im Juni von den 27 Mitgliedstaaten beschlossene Sanktionsverordnung wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Ebenfalls seit 5. Dezember gilt eine Regelung, die Russland dazu zwingen soll, Erdöl künftig für höchstens 60 US-Dollar pro Barrel an Abnehmer in anderen Staaten zu verkaufen, berichtet dpa. Der Preis von umgerechnet etwa 57 Euro pro 159 Liter wird dann um bis zu 9 Euro unter dem jüngsten Marktpreis für russisches Rohöl der Sorte Urals liegen.

Beide Maßnahmen sollen dazu beitragen, die russischen Handelsgewinne zu begrenzen und dadurch auch Russlands Fähigkeiten zur Kriegsführung einschränken. Nach Angaben eines EU-Beamten sind von dem Embargo rund drei Millionen Barrel Rohöl pro Tag betroffen. Bei einem langfristigen Durchschnittspreis von 70 Dollar (67 Euro) pro Barrel würden Russland damit pro Tag Erlöse in Höhe von etwa 210 Millionen Dollar (200 Millionen Euro) entgehen. Dass die Ölmenge komplett an andere Abnehmer verkauft werden kann, gilt als ausgeschlossen.

Deutschland will den Bezug von russischem Rohöl spätestens Ende des Jahres stoppen. Bis dahin nimmt es eine Ausnahmeregelung in Anspruch, die für EU-Staaten gilt, die aufgrund ihrer geografischen Lage in besonderem Maße von Pipeline-Öl aus Russland abhängig waren und die Importe nicht so schnell ersetzen können. In der Bundesrepublik profitiert davon insbesondere die PCK-Raffinerie im brandenburgischen Schwedt. Sie wird bisher mit russischem Öl aus der Druschba-Pipeline versorgt. Dieses soll durch Lieferungen über die Ostseehäfen Danzig und Rostock ersetzt werden (siehe auch Kapitel 2 mit einer Meldung zur deutsch-polnischen Vereinbarung).

Hier die Details zum EU-Ölpreisdeckel:

- Die Obergrenze gilt seit dem 5. Dezember.
- Die Preisobergrenze betrifft den Seetransport von russischem Rohöl (ab dem 5. Dezember 2022) und Erdölzerzeugnissen (ab dem 5. Februar 2023) in Drittländer sowie die damit verbundene Bereitstellung von technischer Hilfe, Vermittlungsdiensten, Finanzierungen oder Finanzhilfen.
- Für Schiffe, die Rohöl mit Ursprung in Russland befördern, das vor dem 5. Dezember 2022 gekauft und auf das Schiff geladen und vor dem 19. Januar 2023 im endgültigen Bestimmungshafen entladen wird, wird eine Übergangsfrist von 45 Tagen eingeführt.
- Die Preisobergrenze kann in regelmäßigen Abständen überprüft werden. In diesem Zusammenhang hat der Rat auch eine Übergangsfrist von 90 Tagen nach jeder Änderung der Preisobergrenze festgelegt, um eine kohärente Umsetzung der Preisobergrenze durch alle Marktteilnehmer sicherzustellen.
- Das Funktionieren der Maßnahme wird ebenfalls alle zwei Monate überprüft und mindestens 5 Prozent unter dem durchschnittlichen Marktpreis für russisches

Erdöl und Erdölerzeugnisse festgesetzt, der auf der Grundlage der von der Internationalen Energieagentur bereitgestellten Daten berechnet wird.

- Schließlich wird eine „Notfallklausel“ eingeführt, die den Transport von Erdöl über die Preisobergrenze hinaus oder die Bereitstellung von technischer Hilfe, Vermittlungsdiensten oder Finanzmitteln oder finanzieller Unterstützung im Zusammenhang mit dem Transport erlaubt, wenn dies zur dringenden Verhinderung oder Abschwächung eines Ereignisses, das wahrscheinlich schwere und erhebliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Sicherheit oder die Umwelt hat, oder als Reaktion auf Naturkatastrophen erforderlich ist.

Unterlagen der EU-Kommission zur Maßnahme:

Erläuterungen zur Maßnahme:

[Russian oil: EU agrees on level of price cap - Consilium \(europa.eu\)](#)

Gesetzestext:

[Publications Office \(europa.eu\)](#)

FAQ/Guidance:

[Oil price cap \(europa.eu\)](#)

[Guidance on Russian oil price cap \(europa.eu\)](#)

Ausnahmeregelungen für den Ölpreisdeckel

Die Preisobergrenze soll nur für russische Öllieferungen auf dem Seeweg gelten – Lieferungen über die wichtige Druschba-Pipeline nach Europa sind theoretisch weiterhin erlaubt, Polen und Deutschland wollen hier aber zum Jahresende national ein Embargo einführen. Außerdem gibt es eine Ausnahmeregelung für die kasachische Rohölmischung CPC, die von einem russischen Hafen aus exportiert wird, wie Capital.de berichtet.

Für Bulgarien gilt demnach eine Ausnahmeregelung, die es dem Land erlaubt, aufgrund seiner „besonderen geografischen Lage“ weiterhin Rohöl zu importieren, wie es im sechsten Sanktionspaket der EU heißt. Außerdem erhielt Japan eine Ausnahmeregelung für Öl, das im Rahmen des Sachalin-2-Projekts gefördert wird und für Japan bestimmt ist.

Großbritannien, das auf die EU-Entscheidung gewartet hat, verfügt über eine Ausnahmeregelung für Umweltkatastrophen, die die Beseitigung von Ölverschmutzungen ermöglichen würde. Die EU wird diesem Beispiel wahrscheinlich folgen. Dies geschah, nachdem die Türkei erklärt hatte, dass sie aufgrund des Risikos von Umweltschäden strengere Versicherungsprüfungen plant.

Eine ausführliche Beschreibung des Ölpreisdeckels und seiner möglichen Auswirkungen auf die Wirtschaft finden Sie in diesem Beitrag auf Capital.de:

[Sanktionen gegen Russland: Wie Öl-Embargo und Preisdeckel wirken - Capital.de](#)

ZDF: FAQ zum neuen Ölpreisdeckel von 60 Dollar pro Barrel – Das ist geplant

Die Europäische Union und ihre Partner wie die G7 und Australien wollen Russland vorgeben, zu welchem Preis es sein Erdöl auf dem Weltmarkt verkaufen darf. Der Preisdeckel soll zunächst bei 60 US-Dollar (57 Euro) je Barrel liegen - das vereinbarten die EU-Staaten am 2. Dezember. Der Preisdeckel gilt nun seit dem 5. Dezember, zeitgleich mit dem Start des EU-Öl-Embargos gegen Russland. Das Ziel: die russischen Einnahmen aus dem Ölgeschäft drücken und die Finanzierung des Kriegs gegen die Ukraine schwieriger machen. Russland soll aber durchaus weiter Öl vermarkten. Sonst würde die Ressource auf dem Weltmarkt noch knapper, und die Preise auch im Westen steigen.

Wie funktioniert der Preisdeckel für russisches Öl?

Für den Preisdeckel setzt die EU den Hebel bei den Transporten und den dafür nötigen Dienstleistungen wie Versicherungen an. Denn europäische Reedereien betreiben nach Angaben von Brüsseler Beamten mehr als die Hälfte aller Tanker auf der Welt.

Das Prinzip: Fahren mit russischem Öl in Drittstaaten sind verboten - es sei denn, der Preis für die Ladung liegt nicht höher als der Deckel. Anders gesagt: Wird die Preisgrenze eingehalten, können westliche Reedereien mit ihren Schiffen weiter russisches Öl nach Indien, China oder in andere Länder bringen. Dieselbe Regelung soll für Dienstleistungen wie Versicherungen, technische Hilfe sowie Finanzierungs- und Vermittlungsdienste gelten.

Preisdeckel: Was könnte die Maßnahme bewirken?

Die Hoffnung ist, dass die Preisobergrenze zu folgenden Maßnahmen führt:

- eine Entspannung an den Energiemärkten
- eine Entlastung von Drittländern
- kein weiteres Geld für Russlands Kriegskasse durch Preisanstiegen bei Öl

Nach Angaben von Estlands Regierungschefin Kallas könnte jeder Dollar weniger pro Barrel die russischen Einnahmen aus dem Ölverkauf um zwei Milliarden Dollar (1,9 Mrd. Euro) pro Jahr drücken.

Warum der Ölpreisdeckel - es gibt doch schon ein Embargo?

Das Projekt wurde von den Amerikanern vorangetrieben, die befürchteten, dass das europäische Einfuhrverbot die Preise für nicht-russisches Öl und damit auch für Benzin in die Höhe treiben könnte. Zudem sah die Verordnung für das Embargo kein Transportverbot vor - Tanker aus europäischen Staaten hätten also weiter russisches Öl in Drittstaaten transportieren können - auch teures Öl.

Wird die Rechnung aufgehen?

Die Auswirkungen hängen auch von der Reaktion Russlands und anderer Länder ab. Schon die Aussicht auf eine Preisobergrenze setzte die Rohölpreise unter Druck. Doch

Moskau erklärt, es wolle kein Rohöl an Länder verkaufen, die sich an den Preisdeckel halten. Hielte Moskau das durch, könnte es zu einer Verknappung und damit steigenden Preisen führen. Es kommt deshalb stark darauf an, wie sich etwa China, Indien oder Ägypten verhalten, die derzeit einen großen Teil des russischen Erdöls kaufen.

Wird Heizöl in Deutschland jetzt billiger?

„Inwieweit es zu indirekten Effekten auf dem europäischen Rohölimportmarkt kommt, hängt von mehreren Faktoren ab“, erklärt der Wirtschaftsverband Fuels und Energie. Dazu gehören: Höhe des Preisdeckels, die russische Reaktion, die Frage, ob es Kontrollen der genutzten Tankerflotte gebe. Grundsätzlich entwickeln sich der Heizölpreis und der internationale Preis für Rohöl in dieselbe Richtung, wenn auch mit etwas Zeitverzug. Allerdings ist zu beachten, dass auf den Heizölpreis neben dem Erdölpreis auch andere Faktoren einwirken, wie etwa: öffentliche Abgaben wie Mehrwertsteuer oder die CO₂-Abgabe und die Transport- und Lagerhaltungskosten.

Was passiert mit dem Spritpreis?

Der ADAC-Experte Christian Laberer erwartet keine gravierende Auswirkung des Ölpreisdeckels auf die Spritpreise. „Letztlich kommt es darauf an, ob der Deckel die Ölpreise drückt oder im Gegenteil zum Steigen bringt“, sagt er. In beiden Fällen würden aber andere Faktoren wie die Entwicklung der globalen Konjunktur oder das Embargo gegen russisches Öl wohl stärker auf den Ölpreis wirken. Die Entwicklung beim Ölpreis sollte sich auch an den Zapfsäulen widerspiegeln. Zuletzt haben die Spritpreise wieder auf den Ölpreis reagiert. Ganz grundsätzlich sind sie aber immer noch zu hoch - insbesondere bei Diesel.

[Ölpreisdeckel gegen Russland: Das ist geplant - ZDFheute](#)

Weitere Berichte zum Thema:

[Sanktionen gegen Russland: Wie Ölembargo und Ölpreisdeckel wirken sollen | tagesschau.de](#)

Politico: Neuntes EU-Sanktionspaket soll Technologie, Finanzen und Medien betreffen

Das neunte Paket der Sanktionen der Europäischen Union (EU) gegen Russland kann die Bereiche Technologie, Finanzen und Medien betreffen. Das will Politico aus gut informierten Kreisen in Brüssel erfahren haben.

„Die Vorbereitungen für das neunte Sanktionspaket gegen Russland werden immer intensiver. Unter den zur Diskussion stehenden Maßnahmen sind 180 neue Punkte, die den Technologie-, Finanz- und Mediensektor betreffen“, heißt es in dem Bericht.

Nach Angaben mehrerer europäischer Diplomaten, die in dem Artikel zitiert werden, könnte eine Einigung relativ schnell erzielt werden, möglicherweise noch vor der Tagung

des Rates für Auswärtige Angelegenheiten und dem EU-Gipfel in der nächsten Woche. Bloomberg meldete am 6. Dezember, dass zudem die russische Drohnenindustrie noch stärker sanktioniert werden soll.

Zuvor hatte am 30. November US-Außenminister Anthony Blinken die Planungen für das neue Sanktionspaket begrüßt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte das neue Sanktionspaket am 24. November angekündigt, ohne Details zu nennen.

In einem weiteren Politico-Beitrag war davon die Rede, dass auch die Liste der Personen, die im Rahmen des neunten Pakets EU-Sanktionen unterliegen, erheblich erweitert werden könnte.

Die New York Times hatte im Oktober über die Uneinigkeit einiger westlicher Länder berichtet, Russland in den für sie vorteilhaften Bereichen Beschränkungen aufzuerlegen. Der Zeitung zufolge schützen die Belgier den Handel mit russischen Diamanten, die Griechen transportieren ungehindert russisches Öl, und Frankreich und mehrere andere Länder importieren weiterhin russisches Uran für Kernkraftwerke.

Das Europäische Parlament hat in einer Resolution verlangt, die Reparatur von Nord Stream und Nord Stream-2 als Teil eines neuen Sanktionspakets zu verhindern, berichtete die russische Zeitung Iswestija. Das bislang letzte Sanktionspaket gegen Russland hatte die EU am 6. Oktober verabschiedet.

EU-Kommission will Russland zu Reparationszahlungen zwingen

Die EU-Kommission will eingefrorenes Vermögen der russischen Zentralbank nutzen, um Russland nach einem möglichen Ende des Kriegs gegen die Ukraine zu Reparationszahlungen zu zwingen, darüber berichtet die Nachrichtenagentur dpa. Wie Beamte erklärten, könnte die Wiederfreigabe der Mittel an ein Friedensabkommen geknüpft werden, das auch russische Entschädigungen umfasst. Im Zuge der gegen Russland verhängten Sanktionen wurden demzufolge bereits etwa 300 Milliarden Euro an Zentralbank-Reserven blockiert.

Nach dem Willen der EU-Kommission sollen außerdem Erlöse aus eingefrorenen Vermögenswerten für den Wiederaufbau in der Ukraine genutzt werden können. Kurzfristig könne eine Struktur geschaffen werden, um durch Sanktionen blockierte Mittel zu verwalten und zu investieren, erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Fortschritte gibt es nach Angaben aus der EU-Kommission auch bei der Rechtsgrundlage für die Enteignung russischer Oligarchen. Die Umgehung von Sanktionen - etwa wenn Vermögen auf Dritte übertragen wird - wurde jüngst in die Liste der EU-Verbrechen aufgenommen. Das soll es der Kommission im nächsten Schritt ermöglichen, Mindeststrafe vorzuschlagen. So sollen etwa Yachten, Hubschrauber, Immobilien und Kunstwerke von Menschen, die gegen EU-Sanktionen verstoßen, künftig leichter konfisziert werden können.

In welchem Maß die eingefrorenen Vermögenswerte russischer Oligarchen im Wert von knapp 19 Milliarden Euro davon betroffen sein könnten, blieb zunächst unklar. Die Regelung soll nicht rückwirkend gelten.

Die Vorschläge sollen nun mit den EU-Staaten sowie internationalen Partnern abgestimmt werden. „Der Schaden der Ukraine wird auf 600 Milliarden Euro geschätzt“, sagte von der Leyen. „Russland und seine Oligarchen müssen die Ukraine für die Schäden entschädigen und die Kosten für den Wiederaufbau des Landes tragen.“

Die Vorschläge bleiben hinter den Wünschen aus der Ukraine zurück. Vertreter des Landes hatten in der Vergangenheit immer wieder gefordert, Vermögenswerte des russischen Staates zu beschlagnahmen und der Ukraine für den Wiederaufbau des Landes zur Verfügung zu stellen. In Europa werden neben rechtlichen Schwierigkeiten auch politische Risiken gesehen. So wird befürchtet, dass Länder wie Russland und China in Reaktion auf Enteignungen ein alternatives internationales Finanzsystem aufbauen könnten.

Mit den aktuellen Vorschlägen will die EU-Kommission sowohl das Recht auf Eigentum als auch die Staatenimmunität wahren. Letztere ist ein Grundsatz des Völkerrechts und schützt Staaten unter anderem vor der Zwangsvollstreckung seiner Guthaben und Vermögenswerte.

Im Namen der Europäischen Kommission schlug von der Leyen zudem vor, zur Verfolgung von Verbrechen in Zusammenhang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine ein spezialisiertes Gericht aufzubauen. „Wir sind bereit, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, um dieses Fachgericht möglichst umfassend international zu unterstützen“, sagte sie in Brüssel. Der russische Einmarsch in die Ukraine habe Tod, Verwüstung und unsägliches Leid gebracht.

[Commission presents options to make Russia pay for its crime \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Polen drängt auf Gaspreisdeckel

Laut Informationen von Politico drängt Polen innerhalb der EU weiterhin auf einen Gaspreisdeckel. Die EU-Energieminister hätten es bislang versäumt, das Energie-Notfallpaket der Europäischen Kommission formell zu verabschieden, nachdem eine Allianz von Ländern - darunter auch Polen - erklärt hatte, sie würden dem Paket nicht zustimmen, solange sich die Hauptstädte nicht auf eine Lösung für die vorgeschlagene Gaspreisobergrenze einigen.

Der bisherige Vorschlag der Kommission für den Gaspreisdeckel stieß demnach sowohl bei Befürwortern als auch bei Gegnern auf Ablehnung: Die Länder, die eine Obergrenze befürworten, sagten, sie sei so konzipiert worden, dass sie niemals ausgelöst werden könne, während die skeptischen Länder sagten, der Vorschlag drohe die finanzielle Stabilität der EU zu untergraben.

Die tschechische Präsidentschaft hat noch vor Weihnachten eine weitere Dringlichkeitssitzung des Energierates einberufen, wahrscheinlich am 13. Dezember, um einen Konsens über einen überarbeiteten Vorschlag zu finden, der von den Staats- und Regierungschefs der EU am 15. und 16. Dezember unterzeichnet werden kann.

Laut POLITICO spricht sich Polen dafür aus, mit einer qualifizierten Mehrheit innerhalb der EU-Länder wie Deutschland, Dänemark, Ungarn, Niederlande und Österreich zu überstimmen, die gegen einen Gaspreisdeckel sind. Eine qualifizierte Mehrheit liegt dann vor, wenn 15 von 27 Ländern dafür stimmen, oder die Unterstützung von Ländern vorliegt, die mindestens 65 Prozent der gesamten EU-Bevölkerung repräsentieren.

Obwohl Polen ein solches Szenario „gerne vermeiden würde“, sagte die polnische Energieministerin Moskwa: „Die qualifizierte Mehrheit ist europäisches Recht und viele sehr wichtige Entscheidungen wurden auf diese Weise getroffen.“

Warschau ist auch unzufrieden mit der Richtung der Verhandlungen über einen G7-Vorschlag zur Deckelung des russischen Ölpreises. Die Mitglieder der Allianz denken über eine Obergrenze von 65 bis 70 Dollar pro Barrel nach, aber Polen möchte - ebenso wie Estland - eine viel niedrigere Obergrenze, die Berichten zufolge bei 30 Dollar pro Barrel liegen soll.

Moskwa sagte, dass Warschau „nicht sehr an dieser Zahl hängt“, aber dass der Preis „so niedrig wie möglich“ und so nah wie möglich an den russischen Produktionskosten liegen muss, um sicherzustellen, dass Russland einen minimalen Gewinn erzielt.

LNG-Importe aus Russland steigen auf Rekordhoch

Über Pipelines fließt kaum noch Gas aus Russland. Doch als Flüssigerdgas kauft Europa den Rohstoff weiter für zweistellige Milliardensummen, wie das Handelsblatt berichtet. Während die Europäische Union (EU) das Ölembargo gegen Russland vollzieht, steigen demnach die Importe von russischem Flüssigerdgas (LNG) auf einen neuen Höchststand. Im Vergleich zum Vorjahr hat die EU inklusive Großbritannien knapp 21 Prozent mehr LNG aus Russland eingekauft als vor dem Ausbruch des Ukrainekriegs. Das zeigen aktuelle Zahlen des Marktforschungsunternehmens Icis.

„13 Prozent der europäischen LNG-Importe kommen aktuell aus Russland – und die Menge wächst stark“, sagt Gasexperte Andreas Schröder von Icis dem Handelsblatt. Auch in Deutschland dürfte einiges von dem russischen Flüssigerdgas ankommen. Die Bundesrepublik besitzt bislang kein eigenes aktives LNG-Terminal und kauft das verflüssigte Erdgas deswegen aktuell noch von Nachbarländern wie Frankreich, Belgien und den Niederlanden ein.

Für das russische LNG bezahlen die EU-Mitgliedstaaten (plus Großbritannien) eine ganze Menge: Grob überschlagen könnten von Januar bis November dafür fast 27 Milliarden Euro nach Moskau geflossen sein. Und das, obwohl die herkömmlichen Gasflüsse aus Russland schon seit Monaten fast vollständig zum Erliegen gekommen sind.

Trotzdem ist die Menge, die Russland über LNG-Terminals nach Europa schickt, vergleichsweise gering. Im vergangenen Jahr importierten die Mitgliedstaaten zwischen Januar und November immerhin 133 Milliarden Kubikmeter Gas via Pipeline. Im selben Zeitraum beliefen sich die Importe von russischem Flüssigerdgas da gerade mal auf etwas über 15 Milliarden Kubikmeter. In den ersten elf Monaten dieses Jahres waren es knapp 18 Milliarden Kubikmeter. Über Pipelines kamen noch 60 Milliarden Kubikmeter an. Die fallen 2023 allerdings weg.

Verstoß gegen EU-Sanktionen wird Straftat

Der Europäische Rat hat am 28. November einstimmig beschlossen, einen Beschluss anzunehmen, mit dem der Verstoß gegen EU-Sanktionen in die Liste der „EU-Straftaten“ im Sinne von Artikel 83 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) aufgenommen wird. Im Mai 2022 schlug die Europäische Kommission vor, Verstöße gegen EU-Sanktionen unter Strafe zu stellen. Daraufhin ersuchte der Rat das Europäische Parlament um Zustimmung zum Entwurf eines entsprechenden Beschlusses, die das Parlament im Juli erteilte.

Pressemitteilung zur Entscheidung:

[Sanktionen: Rat nimmt Verstoß gegen restriktive Maßnahmen in Liste der „EU-Straftatbestände“ auf - Consilium \(europa.eu\)](#)

Der Entwurf des Beschlusses ist hier zu finden:
[pdf \(europa.eu\)](#)

Die Kommission wird nun eine Richtlinie vorschlagen, die Mindestvorschriften für die Definition von Straftaten und Sanktionen bei Verstößen gegen die EU-Sanktionen enthält. Der Richtlinienentwurf wird dann von Rat und Parlament erörtert und verabschiedet.

Die vorgeschlagene Richtlinie sieht Folgendes vor:

- Definitionen der Straftatbestände im Zusammenhang mit der Verletzung von EU-Sanktionen, einschließlich:
- Bereitstellung von Geldern oder wirtschaftlichen Ressourcen für sanktionierte Personen oder Einrichtungen;
- Unterlassen des unverzüglichen Einfrierens von Geldern oder wirtschaftlichen Ressourcen, die einer sanktionierten Person oder Einrichtung gehören;
- Beteiligung an finanziellen Aktivitäten, die verboten oder eingeschränkt sind;
- Beteiligung an einem verbotenen oder eingeschränkten Handel und Umgehung von EU-Sanktionen.

- Sanktionen für Personen, die sich einer Straftat schuldig gemacht haben, die in der Richtlinie festgelegt sind, und gemeinsame Grundnormen für Sanktionen gegen Einrichtungen.
- Schutzmaßnahmen für Anwälte, wonach Angehörige der Rechtsberufe nicht verpflichtet sind, Informationen zu melden, die in unmittelbarem Zusammenhang mit Gerichts-, Verwaltungs- oder Schiedsverfahren erlangt wurden. Rechtsberatung ist durch das Berufsgeheimnis zu schützen, es sei denn, der Angehörige eines Rechtsberufs ist an der Verletzung von EU-Sanktionen beteiligt, die Rechtsberatung wird zum Zwecke der Verletzung von EU-Sanktionen erteilt oder der Angehörige eines Rechtsberufs weiß, dass der Klient zu diesem Zweck Rechtsberatung in Anspruch nimmt.
- Bestimmte Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen, die durch die Umgehung von EU-Sanktionen (durch Verheimlichung) erlangt wurden, sollen als Erträge aus Straftaten angesehen werden.

Je nach Straftat kann die einzelne Person mit einer Höchststrafe von mindestens fünf Jahren Gefängnis bestraft werden; gegen Unternehmen können Strafen in Höhe von mindestens 5 Prozent des weltweiten Gesamtumsatzes der juristischen Person (des Unternehmens) im Geschäftsjahr vor dem Bußgeldbescheid verhängt werden.

Der Vorschlag wird nun vom Europäischen Parlament und vom Rat im Rahmen des ordentlichen Mitgesetzgebungsverfahrens erörtert.

[Kommission schlägt vor, den Verstoß gegen EU-Sanktionen unter Strafe zu stellen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Fact-Sheet der EU zum Thema Straftatbestände bei Sanktionen:

[1 9 178839 fact eu crimes de 0.pdf \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Europäische Staatsanwaltschaft soll bei Russland-Sanktionen übernehmen

Vor dem Treffen der G7-Justizminister in Berlin haben die Ressortchefs Frankreichs und Deutschlands gefordert, dass die Europäische Staatsanwaltschaft die Strafverfolgung bei Verstößen gegen Russland-Sanktionen übernimmt. Auf Verstöße gegen die von der EU verhängten Sanktionen müsse in ganz Europa entschlossen und einheitlich reagiert werden, schrieb Bundesjustizminister Marco Buschmann im Onlinedienst Twitter. „Mein Amtskollege Eric Dupond-Moretti und ich fordern: Die Europäische Staatsanwaltschaft soll übernehmen“, fügte er hinzu. Es sei „von zentraler Bedeutung, dass diese Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten können“, hieß es in einem Gastbeitrag der beiden Minister im Onlinemagazin „Legal Tribune Online“. Deshalb sollten sie künftig „im gesamten Hoheitsgebiet der Europäischen Union auf vergleichbare Weise als Straftatbestände bestimmt und als solche geahndet werden“. Die Europäische Staatsanwaltschaft sei für diese Aufgabe prädestiniert.

Die Mitgliedstaaten in Brüssel einigten sich darauf, einheitlicher gegen Verstöße gegen Russland-Sanktionen vorzugehen. Mit der Aufnahme dieser Verstöße in die Liste der „EU-Straftatbestände“ sollen Schlupflöcher gestopft werden, die es aufgrund der unterschiedlichen Gesetzeslagen in den EU-Ländern gibt. Die Europäische Kommission soll dazu einen Gesetzesvorschlag ausarbeiten.

Buschmann lud für den 28. und 29. November zu einem Treffen der G7-Justizminister nach Berlin ein. „Anlass sind Russlands Angriffskrieg und die Folgen“, schrieb Buschmann bei Twitter. „Uns alle eint ein Ziel: Wir wollen Kriegsverbrecher vor Gericht bringen.“ Neben den G7-Ministern werden auch EU-Justizkommissar Didier Reynders, der ukrainische Justizminister Denis Maljuska, der ukrainische Generalstaatsanwalt Andrij Kostin sowie der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes, Karim A. A. Chan, an dem Treffen teilnehmen.

Gericht legalisiert Besetzung sanktionierten Immobilienvermögens

Das Amsterdamer Bezirksgericht hat im November ein Urteil gefällt, wonach Hausbesetzer, die ein Grundstück besetzen, das einem Unternehmen gehört, das im Besitz des EU-Sanktionärs Arkady Volozh ist, dieses Grundstück nicht räumen müssen. Das Gericht stellte fest, dass das Unternehmen, dem die Immobilie gehört, kein dringendes Interesse an der Räumung hat, da es nicht plausibel ist, dass Volozh und seine Familie die Immobilie in absehbarer Zeit nutzen werden. Das Gericht untersuchte auch die Auswirkungen der Sanktionen auf Volozh und stellte fest, dass Renovierungsarbeiten an der Immobilie ohne Genehmigung gegen die Sanktionen verstoßen würden, da sie den Wert der Immobilie erhöhen könnten, was zu einem Kapitalgewinn für den Eigentümer führen würde.

Berichten zufolge wird die Paraseven Limited (das Unternehmen, dem die Immobilie gehört) gegen das Urteil Berufung einlegen.

[ECLI:NL:RBAMS:2022:6687, Rechtbank Amsterdam, C/13/724873 / KG ZA 22-930](https://www.rechtspraak.nl/ECLI:NL:RBAMS:2022:6687)
[rechtspraak.nl](https://www.rechtspraak.nl)

Italien will Lukoil-Raffinerie auf Sizilien verstaatlichen

Die italienische Regierung plant die Verstaatlichung einer der größten Ölraffinerien des Landes, die dem russischen Großkonzern Lukoil gehört. Dies berichtet die Tageszeitung „La Repubblica“. Die Regierung unter Premierministerin Giorgia Meloni versucht den Betrieb der sizilianischen Raffinerie trotz des am 5. Dezember beginnenden Embargos gegen russisches Öl aufrechtzuerhalten und den Verlust von rund 1.000 Jobs zu vermeiden. Weitere 9.000 Arbeitsplätze sind den Angaben zufolge bei den Zulieferern gefährdet. Die Raffinerie verarbeitet ein Fünftel des italienischen Rohöls.

Der italienische Industrieminister Adolfo Urso meinte, Italien könnte die EU um eine, wenn auch nur vorübergehende, Ausnahme vom Embargo bitten. Dies würde es der Regierung erlauben, Zeit zu gewinnen und die Raffinerie am Leben zu erhalten.

Eine direkte staatliche Unterstützung für die Anlage sei ebenfalls eine Option, sagte Urso und verwies auf Deutschland, das im September die Kontrolle über eine Raffinerie im Besitz des russischen Ölkonzerns Rosneft übernommen hat.

EU-Informationen zu Russland-Sanktionen

Alle EU-Sanktionsentwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU (letztes Update 13.11.):

[EU Sanctions Map](#)

4. Russland

„Sanktions-Swap“ soll Russland finanziell Luft verschaffen

Der russische Finanzminister Anton Siluanow lancierte durch Berichte von „TASS“ scheinbar zufällig eine Reihe von Vorschlägen in die Öffentlichkeit, deren gemeinsamer Nenner das unausgesprochene Ziel ist, Russlands Wirtschaft die Bürden der Finanzsanktionen zu erleichtern und leichteren Zugang zu den internationalen Märkten zu verschaffen, dies berichtete MWM Medien.

Ganz vorne steht demnach offenbar die Idee, die im Ausland eingefrorenen Guthaben russischer Investoren gegen in Russland verfügbare ausländische Guthaben zu tauschen, also eine Art „Sanktions-Swap“. Das sei zwar theoretisch möglich, setze aber eine Reihe von Gesetzesbeschlüssen voraus, „die es uns erlauben würden, die eingefrorenen Gelder ausländischer Investoren, die hier in der Russischen Föderation eingefroren sind, für die Begleichung der im Ausland eingefrorenen Vermögenswerte zu verwenden. Das ist keine einfache Situation. Es gibt auch solche Initiativen. Aber sie werden derzeit geprüft. Ich würde sagen, dass sie sich in der Anfangsphase der Überlegungen befinden“, sagte Siluanow. Im Rahmen der Prüfung von Lösungsmöglichkeiten sei es notwendig, den Umfang der eingefrorenen Vermögenswerte zu überprüfen und entsprechende Bestätigungen einzuholen, um sicherzustellen, dass die Interessen russischer und ausländischer Investoren gewahrt bleiben, so der Minister.

Daneben schlug Siluanow den Umtausch von Eurobonds in Rubel-Schulden vor. Russland sei zu diesem Umtausch bereit, eine endgültige Entscheidung jedoch noch nicht gefallen. „Wir sind bereit, uns in diese Richtung zu bewegen, wobei wir von den Preisen dieser Aktiva ausgehen, die derzeit gebildet werden“, sagte er. Dieser Austausch würde dem Ausland zusätzliche Rubel-Liquidität (für die Öl- und Gaskäufe) bringen und Russland von dem beachtlichen Wechselkursrisiko befreien, welches mit den hohen Währungsschulden der staatlich kontrollierten Öl- und Gasindustrie verbunden ist. Die aktuelle Stabilität des Rubels ist nicht Marktkräften sondern einschneidenden Devisenkontrollen zu verdanken. Eine Aufhebung der Maßnahmen droht eine scharfe Abwertung des Rubel zu bringen, mit der Folge bilanzieller Überschuldung von Gazprom, Lukoil oder Rosneft, wie die gewaltigen Buchverluste des Rubels gezeigt haben. Diese Unternehmen haben auf Dollar und Euro lautende Anleihen in zumeist zweistelliger Milliardenhöhe emittiert. Ein schwacher Rubel wertet die Passiva auf, was den Nettogewinn und damit letztlich das Eigenkapital schmälert.

Siluanow hielt sich bedeckt im Hinblick auf den Vorschlag der Staatsduma, das Mining von Kryptowährungen im Land zu legalisieren. „Es gibt diesen Markt hier, und einige [russische] Bürger besitzen Krypto-Wallets, aber all das gehört zu einer ausländischen Infrastruktur und ist unreguliert. Wir sollten klein anfangen, also fangen wir mit dem [Krypto]-Mining an“, sagte er. Die für Russland interessante Seite dieses Vorschlags wäre wohl die Verfügung über internationale verwendbare Liquidität, die von westlichen Sanktionen nicht so leicht eingeschränkt werden kann. Allerdings schätzt die organisierte Kriminalität Kryptowährungen aus dem gleichen Grunde: Auch der Handel mit Rauschgift, Waffen oder Kinderpornographie ist damit besser gegen Eingriffe gesichert.

n-tv: Arbeitskräftemangel in Russland

Zwei Monate nachdem der russische Präsident Wladimir Putin die Mobilmachung angekündigt hat, schlägt die Einberufung von Männern zum Kampf in der Ukraine auch auf dem russischen Arbeitsmarkt durch, berichtet n-tv. Russland hat mehr als 300.000 Reservisten eingezogen, hauptsächlich Männer im erwerbsfähigen Alter. Zudem haben Hunderttausende aus Angst vor der Einberufung das Land verlassen.

Etliche Industriezweige melden deswegen einen rekordverdächtigen Mangel an Arbeitskräften. Eine Studie des Moskauer Gaidar-Instituts aus dem November, aus dem das Finanzportal „Bloomberg“ zitiert, kommt zu einem fatalen Ergebnis. Demnach muss sich ein Drittel der russischen Industrie auf einen erheblichen Personalmangel und damit den größten Engpass seit 1993 einstellen.

Ein Drittel der befragten Unternehmen hat durch die Einberufung Mitarbeiter verloren. Ein Fünftel von ihnen gab an, sie bisher nicht ersetzen zu können. Außerdem werde sich der Bestand an männlichen Arbeitskräften nach Schätzungen des Instituts um zwei Prozent verringern. Die Abwanderung bekommt ein Sektor bereits besonders zu spüren: die IT-Branche. Laut dem russischen Online-Personalvermittler Superjob stieg die Zahl freier Stellen in diesem Bereich im Oktober um 15 Prozent gegenüber dem Vormonat.

Infolge der Einberufung strömen russischer Staatsbürger besonders in Länder aus der ehemaligen Sowjetunion und die Türkei, heißt es bei Russlands größter Online-Jobplattform HeadHunter Group, wie „Bloomberg“ berichtet.

Die Nachfrage nach IT-Fachkräften schießt dementsprechend in die Höhe. "In der Altersgruppe der 20-24-Jährigen sind derzeit nicht mehr als sieben Millionen Menschen tätig. Das ist ein starker Rückgang gegenüber den 12 Millionen von vor zehn Jahren", zitiert das Finanzportal Natalia, Danina, die Leiterin der Analyseabteilung von Headhunter.

Georgien profitiert direkt vom Krieg in der Ukraine

Anders in Georgien. Das Land am Schwarzen Meer profitiert direkt vom Krieg in der Ukraine. Hier soll die Wirtschaft zweistellig zulegen. Davon sind selbst Wirtschaftswissenschaftler überrascht. „Wir hatten eine Menge negativer Einflüsse erwartet“, sagt Volkswirtschaftler Dawit Keschelawa ntv. Denn Georgien sei, was Außenhandel, Tourismus und Geldüberweisungen angeht, stark von seinen Nachbarländern abhängig. Doch unter den 110.000 Bürgern, die Russland seit Kriegsbeginn verloren hat, sind viele junge und gut ausgebildete aus der Oberschicht. „Es sind ziemlich reiche Leute nach Georgien gekommen. Sie brachten Geschäftsideen mit und der Konsum ging drastisch nach oben“, sagt Keschelawa. Ihre Ersparnisse, die jetzt auf georgischen Konten lägen, hätten das Wachstum angetrieben.

[Vom Büro an die Front: Russische Firmen zahlen hohen Preis für Putins Mobilmachung - n-tv.de](#)

Merkur:

Russland-Sanktionen kosten Oligarchen Milliarden-Vermögen

Die Sanktionen des Westens setzen auch russische Oligarchen immer mehr unter Druck, berichtet merkur.de. Milliardär Alexej Mordaschow, vor dem Krieg der reichste Mann Russlands, steht nun vor hohen Verlusten. Mordaschow führte vor Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine die Forbes-Liste der russischen Milliardäre an. Wegen seiner Beteiligung an einer Bank und einer Medienholding, die beide als kremlnah gelten, landete Mordaschow als einer der ersten auf den westlichen Sanktionslisten. Das Forbes-Magazin stufte ihn deshalb schon im April auf Rang fünf herab. Sein geschätztes Vermögen soll von 29,1 Milliarden Dollar (28 Milliarden Euro) im Vorjahr auf 13,2 Milliarden Dollar (12,7 Milliarden Euro) gesunken sein. Der Milliardär bezeichnete die Sanktionen gegen ihn als ungerecht und sieht sich als fernab von der Politik. In Deutschland war Mordaschow vor dem Krieg größter Einzelaktionär beim Touristikkonzern TUI mit einem Anteil von 34 Prozent. Wegen der Sanktionen trat er 29,9 Prozent an eine Firma seiner Ehefrau Marina Mordaschowa ab. Außerdem wurde neben den Vermögenswerten von Severstal auch persönlicher Besitz von Mordaschow in Europa konfisziert, darunter eine Luxus-Jacht.

Mit seinem Problem steht Mordaschow nicht alleine da – auch andere Oligarchen müssen Milliardenverluste hinnehmen. Das legt das Milliardärs-Ranking „Bloomberg Billionaires Index“ des US-Nachrichtendienstes Bloomberg nahe, das unter anderem auf der Grundlage der Aktienkurse der Unternehmen berechnet wird. Demnach sei das Vermögen der reichsten Geschäftsleute Russlands in diesem Jahr um fast 74,3 Milliarden Dollar (etwa 70,5 Milliarden Euro) gesunken. Wie die russische Nachrichtenagentur Tass berichtet, musste der Oligarch und ehemalige Besitzer des englischen Fußballclubs FC Chelsea, Roman Abramowitsch, hohe Verluste einstecken. Er verlor dem Index zufolge 9,3 Milliarden Dollar und verfügt nur noch über 8,7 Milliarden Dollar (etwa 8,2 Milliarden Euro).

Hart traf es auch den Milliardär und engen Putin-Freund Gennadi Timtschenko, der einen Anteil am Erdgasunternehmen Novatek kontrolliert. Er verzeichnete Verluste um 8,48 Milliarden Dollar und muss damit einen Rückgang seines Vermögens auf 13,9 Milliarden Dollar (13,2 Milliarden Euro) hinnehmen. Mehr als zehn Milliarden Dollar hat auch Wiktor Wechselberg, Gründer der Renova-Gruppe und russischer Investor, verloren. Sein Vermögen ist laut Bloomberg 10,8 Milliarden Dollar auf 7,72 Milliarden Dollar gesunken.

Auch der russische Oligarch und Putin-Freund Alischer Usmanow, der Villen in bester Seelage am Tegernsee besitzt, hat offenbar einiges an Geld verloren: Bloomberg schätzt, dass sein Vermögen innerhalb eines Jahres 21,4 Milliarden Dollar auf 19,8 Milliarden Dollar (18,9 Milliarden Euro) gesunken ist. Auch mittelfristig dürfte sich für viele von ihnen die Lage nicht wesentlich bessern. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat gefordert, dass Russland und die russischen Oligarchen die Ukraine für die Kriegsfolgen entschädigen und den Wiederaufbau des zerstörten Nachbarlands bezahlen müssten. Allerdings ist der Vorschlag rechtlich sehr umstritten.

China verweigert Anerkennung russischer Policen

Laut dem russischen Transportministerium weigert sich China, russische Versicherungspolicen für Frachtschiffe anzuerkennen, schreibt die Zeitung RBK. Chinesische Behörden und Unternehmen würden die Dokumente für die Schiffe und ihre Fracht nicht anerkennen, klagte der stellvertretende Minister Alexander Poschiwaj auf dem Russisch-Chinesischen Energiewirtschaftsforum. Nach dem sanktionsbedingten Wegfall der westlichen Versicherer lassen russische Exporteure ihre Transporte bei einheimischen Anbietern versichern. Moskau wirbt um die Anerkennung ihrer Zertifikate.

Jedes zweite Einkaufszentrum in Russland vor dem Aus

Jedes zweite russische Einkaufszentrum steht vor dem Aus, schreibt die russische Izvestia mit Hinweis auf den Verband der Einkaufszentren RSTZ. 200 Zentren stünden vor dem Bankrott, weitere 70-100 könnten demnächst dazukommen. Anbieter von Gewerbeimmobilien berichten, dass derzeit 200 Zentren zum Verkauf angeboten würden. In der Regel würden die Einkaufszentren mit Krediten finanziert, was sie in der aktuellen Krise in Bedrängnis bringt. Das Problem betrifft auch Zentren in Moskau. Nach dem Weggang westlicher Modemarken stehen fast 30% ihrer Ladenfläche leer, berichtet der Immobilienberater Nikoliers. Laut dem Handelsministerium ging die Zahl der Besucher der Zentren im 1. Halbjahr russlandweit um 15-30% zurück.

5. USA

Preisdeckel für russisches Öl

Die USA haben sich mit den anderen G7-Staaten, der EU und Australien auf einen Ölpreisdeckel für Rohöl aus Russland verständigt, das per Schiff transportiert wird. (siehe Kapitel 3). Die US-Guidance zum Thema finden Sie hier:

[FACT SHEET: Limiting Kremlin Revenues and Stabilizing Global Energy Supply with a Price Cap on Russian Oil | U.S. Department of the Treasury](#)

[Guidance on Implementation of the Price Cap Policy for Crude Oil of Russian Federation Origin; Publication of Russia-related Determination; Issuance of Russia-related General Licenses | U.S. Department of the Treasury](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Hat Großbritannien den russischen Oligarchen Fridman festgenommen?

Aus Großbritannien wurde am Wochenende die Festnahme eines „reichen russischen Unternehmers“ gemeldet. London wirft ihm Geldwäsche und Täuschung der Behörden vor. Mehrere Medien einschließlich der staatlichen russischen Nachrichtenagentur TASS berichten, dass es sich bei dem Festgenommenen um den Milliardär Michael Fridman handeln soll. TASS will zudem aus Fridmans Umfeld erfahren haben, dass ihm der Verstoß gegen westliche Sanktionen vorgeworfen werde, unter denen er sich seit dem Frühjahr befindet. Inzwischen wurde der Festgenommene gegen Kautions wieder freigelassen. Eine Sprecherin der russischen Alfa-Bank, deren Mitgründer Fridman ist, dementierte die Berichte.

Ölpreisdeckel britische Leitlinien

[UK and allies announce price cap of \\$60 on Russian Oil - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

Leitlinien für Handelssanktionen aktualisiert

Das Vereinigte Königreich hat in den letzten Tagen seine Leitlinien zu den Handelssanktionen gegen Russland aktualisiert. Die betreffen folgende Bereiche:

Dienstleistungen im Zusammenhang mit der G7-Abhängigkeit und weitere Güter

Der Leitfaden wurde dahingehend aktualisiert, dass eine Genehmigung für die Bereitstellung von technischer Hilfe, Finanzdienstleistungen oder Geldern im Zusammenhang mit der Abhängigkeit von den G7-Staaten und weiteren Gütern erteilt werden kann, wenn der Minister davon überzeugt ist, dass sie für medizinische und pharmazeutische Zwecke erforderlich sind, sofern dies der Zivilbevölkerung zugute kommt. Die Erbringung dieser Dienstleistungen ist gemäß den Verordnungen 46Z und 46Z1 der Russia (Sanctions) (EU Exit) Regulations 2019 untersagt.

[Russia sanctions: guidance - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/guidance/russia-sanctions-guidance)

Erbringung von freiberuflichen und gewerblichen Dienstleistungen

Das britische Ministerium für internationalen Handel (DIT) hat Leitlinien zur Beantragung einer Lizenz für die Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Buchhaltung, Unternehmens- und Managementberatung sowie Öffentlichkeitsarbeit für eine mit Russland verbundene Person veröffentlicht. Ein Verbot der Erbringung dieser Dienstleistungen (direkt oder indirekt) wurde durch die Russia (Sanctions) (EU Exit) (Amendment) (No. 14) Regulations 2022 eingeführt. Der Leitfaden behandelt das SPIRE-Antragsverfahren und Anschreiben für Anträge.

[Professional and business services to a person connected with Russia - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/guidance/professional-and-business-services-to-a-person-connected-with-russia)

Der Leitfaden des DIT zum Handel mit Russland im Rahmen der Sanktionen wurde ebenfalls aktualisiert und um einen Abschnitt über die Erbringung professioneller und geschäftlicher Dienstleistungen für eine mit Russland verbundene Person ergänzt. Die neuen Informationen betreffen auch die Gründe für die Erteilung von Lizenzen und die „vorherige Verpflichtung“.

[Trading under sanctions with Russia - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/guidance/trading-under-sanctions-with-russia)

London sanktioniert Manturow und über 20 weitere Personen

Der britische Außenminister hat am 30. November ein neues Paket von 22 Sanktionen angekündigt, die auf die Beamten abzielen, die die Einberufung von Bürgern zum Kampf in Russlands illegalem Krieg in der Ukraine gefördert und durchgesetzt haben. Dazu gehört auch der stellvertretende Ministerpräsident Denis Valentinovich Manturov, der für die Aufsicht über die russische Waffenindustrie und die Ausrüstung der mobilisierten Truppen verantwortlich ist.

Zehn Gouverneure und Regionalchefs wurden ebenfalls mit Sanktionen belegt. Dazu gehören die Chefs von Dagestan, Inguschetien und Kalmückien - einige der ärmsten ethnischen Republiken Russlands, aus denen eine beträchtliche Zahl von Wehrpflichtigen stammt. Im Juli verhängte das Vereinigte Königreich Sanktionen gegen 29

Regionalgouverneure wegen ihrer Rolle bei der finanziellen Unterstützung russischer Stellvertreterverwaltungen in der Ukraine.

[UK sanctions Russian officials behind conscription, mobilisation and criminal mercenaries - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-sanctions-russian-officials-behind-conscription-mobilisation-and-criminal-mercenaries)

Anpassung von Leitlinien für Transportsanktionen

Am 23. November 2022 hat das britische Verkehrsministerium seine Leitlinien für Verkehrssanktionen geändert:

Es handelt sich um neue Leitlinien für Sanktionen gegen Schiffe aus Belarus und Erweiterungen der Leitlinien für Sanktionen gegen Flugzeuge aus Belarus sowie um eine Aktualisierung der Leitlinien zu den Sanktionen gegen Schiffe und Flugzeuge aus Russland.

[Transport sanctions - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/transport-sanctions)

Kirgisistan

Banken lehnen Mir-Karten ab

Eine Reihe kirgisischer Banken, die die Bedienung russischer Mir-Zahlungskarten eingestellt haben, haben diese Maßnahmen aus Angst vor Sanktionen seitens der US-Finanzinstitute ergriffen, sagte Kaiyp Kulenbekov, stellvertretender Leiter der Nationalbank Kirgisistans, laut „TASS“ im Parlament der Republik.

7. Blick über den Tellerrand

US-Protektionismus besorgt EU-Partner

Ende November verbot die amerikanische Kommunikationsbehörde FCC den Verkauf von Produkten der chinesischen Smartphone- und Telekommunikationshersteller Huawei und ZTE. Auch einige chinesische Hersteller von Überwachungstechnologie wurden verbannt. Zur Begründung nannten Behördensprecher "inakzeptable Risiken" für die nationale Sicherheit der USA.

Laut Zeit-online war dies das erste Mal, dass die FCC ein solches Vermarktungsverbot mit dieser Begründung aussprach. Doch die Entscheidung habe sich lange angebahnt. Schon Donald Trump hatte während seiner Amtszeit gedroht, die chinesischen Telekom-Unternehmen mit einem solchen Bann zu belegen. Trumps Handelspolitik basierte ganz auf dem Grundsatz „America First“. Doch Präsident Biden führt nicht nur Trumps protektionistischen Kurs gegenüber dem Rivalen China aggressiv weiter fort. Seine „Buy American“-Agenda bedrohe zunehmend auch die Interessen der europäischen Industrie. In Brüssel werde schon offen über die Gefahr eines Handelskrieges zwischen den Bündnispartnern gesprochen.

„Im Zentrum des wachsenden transatlantischen Konflikts: der im Sommer verabschiedete Inflation Reduction Act, kurz IRA. Das Gesetz gilt als einer der größten Erfolge für Biden. Von Umweltschutzgruppen wurde das 369 Milliarden Dollar schwere Paket als wegweisender Fortschritt bei der Bekämpfung des Klimawandels gepriesen. Noch nie wurden derart viele Steuerdollar für die grüne Wende bestimmt. Doch die EU reagierte entsetzt. Das liegt an den Steueranreizen, mit denen Biden die E-Mobilität und andere grüne Produkte fördern will. Amerikanische Käufer von E-Modellen können bis zu 7.500 Dollar von ihren Steuern abziehen.

Die Erleichterung gibt es allerdings nur, wenn das Modell in den USA zusammgebaut wurde und mindestens 40 Prozent der Teile für die Batterie ebenfalls aus heimischer Fertigung sind. Dieser Mindestanteil steigt bis 2029, dann müssen die Batterien komplett made in USA sein. Das zwingt die Autohersteller dazu, ihre Lieferanten in den USA zu suchen.

Viele deutsche Zulieferer, die bisher nur Vertriebsniederlassungen in den USA haben, sehen sich unter Druck, künftig dort auch zu fertigen. „Die Amerikaner – unsere Freunde – treffen Entscheidungen, die wirtschaftliche Folgen für uns haben“, klagte jüngst EU-Chef-Diplomat Josep Borrell gegenüber dem Onlinemagazin Politico. Die EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager warnte davor, dass die amerikanischen Subventionen gepaart mit den hohen Energiepreisen zu einer Abwanderung der industriellen Basis Europas führen könnten.

Denn auch bei der Energie sind die USA klar im Vorteil: Dank des umstrittenen Frackings verfügt das Land über ausreichend eigenes Erdgas, auf das etwa wichtige Branchen wie Chemie und Stahl angewiesen sind. Eine hastig eingerichtete gemeinsame Taskforce soll nach Lösungen suchen, die beide Seiten befriedigen und eine weitere Eskalation verhindern sollen. Bisher ist offenbar kein Durchbruch zu vermelden.

Der Streit um Bidens grünes Subventionsgeschenk an seine heimische Industrie ist nur der jüngste Stein des Anstoßes. Schon länger gärt es zwischen den transatlantischen Verbündeten. Beim Thema Energie fühlen sich die Europäer von den US-Lieferanten ausgenutzt. Sie zahlten in den vergangenen Monaten bis zu vier Mal so viel wie die US-Käufer. Bidens Wirtschaftsberater entgegnet, die amerikanischen Erdgasproduzenten seien private Anbieter, denen das Weiße Haus nicht die Preise diktieren könne. In vielen Fällen profitiere nicht der US-Exporteur, sondern die europäischen Zwischenhändler, so der US-Vertreter. Wie explosiv die Stimmung inzwischen ist, zeigen die Kommentare eines hohen EU-Offiziellen, der die USA im Gespräch mit Politico als "Kriegsgewinnler" schalt. Er bezog sich dabei nicht nur auf die hohen Gaspreise, sondern auch auf Rüstungslieferungen.

Biden galt auch als eingeschworener Verfechter einer liberalen Weltordnung – mehr noch als Obama, dessen Vizepräsident er war. Es gab sogar einige in der EU, die eine Wiederbelebung der unter Obama begonnenen Verhandlungen über TTIP für möglich hielten, das Vertragswerk, das eine transatlantische Freihandelszone einrichten sollte. Doch inzwischen dürfte klar sein, schreibt Zeit-online, dass Bidens Protektionismus nichts weiter ist als „Trumpism mit einem menschlichen Antlitz“, wie es der kanadische Ökonom Pierre Lemieux kürzlich in einem Kommentar für das Cato Institute, den libertären Washingtoner Thinktank, formulierte. Bidens Handelspolitik verfolge vorrangig Einschränkungen für mehr Umweltschutz und Arbeitnehmerrechte, die mittels Freihandelsabkommen in den Partnerländern erreicht werden sollen. Um eine Förderung des freien Handels gehe es dabei nicht.

Bei dem sich aufschaukelnden Konflikt im Westen gibt es nur einen klaren Gewinner: Russlands Wladimir Putin, der seit Jahren versucht, die Risse im transatlantischen Bündnis zu Gräben aufzureißen. Der Zeitpunkt des jüngsten Zwists könnte für ihn kaum besser sein.“

[USA und EU: Protektionismus mit fataler Botschaft gen Moskau | ZEIT ONLINE](#)

8. Termine

8. Dezember: Rebuild Ukraine und Nothilfe, 14:00 – 15:00 Uhr, online

Der Ost-Ausschuss lädt Sie hiermit für den **8. Dezember 2022, 14:00 bis 15:00 Uhr, zu einem online-Austausch zum Thema Rebuild Ukraine und Nothilfe** ein.

Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um auf die zurückliegenden Aktivitäten und Formate (u.a. Status des Papiers „Rebuild Ukraine“, 5. DEU UA Wirtschaftskonferenz; G7 Strukturkonferenz, etc.) zurückzublicken, über die Ost-Ausschuss-Aktivitäten zu diesem Thema zu berichten und einen Ausblick über die geplante weitere Bearbeitung des Themas zu geben.

Gern laden wir Sie als Mitglieder, Trägerverbände und Partner des Ost-Ausschusses ein, im Rahmen der Diskussion und des Austausches Ihre Themen zu adressieren, Aktivitäten vorzustellen und Fragen zu stellen. Wie die letzten Male auch, soll das Format einem informellen Austausch zu aktuellen Entwicklungen dienen.

Bei Interesse an einer Teilnahme melden Sie sich bitte bei: Stefan Kägebein, Regionaldirektor für Osteuropa im Ost-Ausschuss, s.kaegebein@oa-ev.de

8. Dezember: Sitzung des Ost-Ausschuss Arbeitskreises Fachkräftesicherung, 10:00 - 11:30 Uhr

Der Arbeitskreis ist eine branchen- und regionenübergreifende Plattform zum Austausch der Mitgliedsunternehmen im Bereich Fachkräftesicherung sowie für den Dialog mit Experten und Stakeholdern in Deutschland und den Partnerländern. Die Online-Sitzung am 8. Dezember 2022 bietet Input und Diskussionsmöglichkeiten u.a. zu folgenden Themen:

- Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans;
- Unterstützung der Fachkräfte in/aus der Ukraine;
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Fachkräfte aus Russland;
- Bedarfsabfrage: Fachkräfte aus Usbekistan;
- DIHK/AHK Outlook und Kooperationen.

Bei Interesse an einer Teilnahme, melden Sie sich bitte bis zum 6. Dezember 2022 bei Petya Hristova, p.hristova@oa-ev.de

12. Dezember: Jubiläumsempfang des Ost-Ausschusses, Berlin

Ende 2022 jährt sich zum 70. Mal die Gründung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. Höhepunkt unseres Jubiläumsjahrs wird am Nachmittag des 12. Dezember 2022 ein festlicher Empfang im Berliner Kongresszentrum Axica unter Beteiligung von Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht eine Bestandsaufnahme der Arbeit des Ost-Ausschusses und der Blick auf strategische Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft angesichts der aktuellen Entwicklungen im östlichen Europa.

Die Veranstaltung richtet sich an Mitgliedsunternehmen und Partnerorganisationen des Ost-Ausschusses. Alle Plätze sind bereits vergeben. Interessierte können das Ereignis aber live im Internet verfolgen. Weitere Informationen dazu finden sie hier:

[Jubiläumsempfang des Ost-Ausschusses | Berlin | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Mehr Informationen zur Ost-Ausschuss-Geschichte finden Sie hier:

[70 Jahre Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

13. Dezember 2022: 36. Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs, 10:30 bis 13:30 Uhr, Berlin

Um eine Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Kasachstan geht es bei der nächsten Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs. Aus Kasachstan wird eine Delegation unter der Leitung des Stellvertretenden Premierministers und Außenministers der Republik Kasachstan Mukhtar Tleuberdi anreisen. Veranstaltungsort ist der Ballsaal im Waldorf Astoria in Berlin. Für weitere Fragen und Informationen steht der Regionaldirektor Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Eduard Kinsbruner (Tel.: 030 206167114, E-Mail: E.Kinsbruner@oa-ev.de) gerne zur Verfügung.

15. Dezember: Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business, 10:00, online

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland im Ost-Ausschuss möchten Sie zur 8. Ausgabe der Online-Veranstaltung via Teams zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Dienstag, 15. Dezember 2022, 10:00 Uhr MESZ, einladen. Bitte beachten Sie, der Anmeldeschluss ist am Mittwoch, 13. Dezember 2022 um 17.00 Uhr. Das Format richtet sich direkt an Unternehmen in Russland und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch und dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Für Fragen zur Veranstaltung wenden Sie sich bitte an [Dr. Christiane Schuchart](#) oder [Jens Böhlmann](#).

9. Tipps & Links

Wichtige Kontakte zu Sanktionen:

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenauftrag der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das DeutschUkrainische Forum seit Jahren Hilfspakte an Bedürftige in der ganzen Ukraine

verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#).

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss